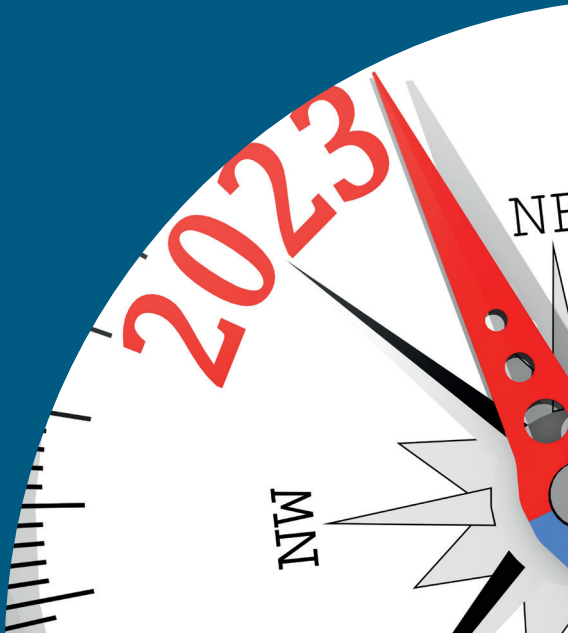


# Krisenfestigkeit beweisen – Zukunft gestalten!

Gemeinsame wirtschaftspolitische  
Positionen des Maschinen- und  
Anlagenbaus 2023



# Inhalt

- 2** Der VDMA im Profil
- 3** Krisenfestigkeit beweisen – Zukunft gestalten!  
Vorwort VDMA-Präsident Karl Haeusgen
- 4** Wirtschaftspolitik in Krisenzeiten
- 6** Antrieb im Wandel
- 8** Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik
- 10** Außenwirtschaft und Freihandel
- 12** Digitalisierung
- 14** Europa
- 16** Fachkräftesicherung und Bildung
- 18** Forschung
- 20** Klima und Energie
- 22** Steuern
- 24** Technikpolitik, Umwelt und Nachhaltigkeit
- 26** Zukunftsfähiger Staat
- 28** Weitere Informationen

## Der VDMA im Profil

### Eine starke Interessenvertretung für eine starke Industrie

Der Maschinen- und Anlagenbau steht für Innovation, Exportorientierung, Mittelstand und beschäftigt rund vier Millionen Menschen in Europa, davon mehr als 1,2 Millionen allein in Deutschland. Mit einer Wertschöpfung von rund 240 Milliarden Euro steuert der Maschinen- und Anlagenbau den höchsten Anteil des Verarbeitenden Gewerbes zum europäischen Bruttoinlandsprodukt bei. Mit Technik für Menschen liefert er Lösungen für die vor uns liegenden vielfältigen Herausforderungen.

Der VDMA vertritt mehr als 3500 deutsche und europäische Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus und ist damit der bedeutendste Industrieverband in Europa. Als Plattform von 36 Fachverbänden des Maschinenbaus bildet er die gesamte Wertschöpfungskette der Investitionsgüterindustrie ab – von der Komponente bis zur kompletten Anlage, vom Systemlieferanten bis zum Dienstleister, von kommunizierenden Maschinen bis zu einer sich selbst organisierenden Logistik.

Als Wirtschaftsverband setzt sich der VDMA national sowie auf europäischer und internationaler Ebene für seine Mitglieder ein. Er vertritt die Interessen der Maschinenbauindustrie konstruktiv und ist dem gesamtwirtschaftlichen Fortschritt und dem Gemeinwohl in Europa verpflichtet. Seine wirtschaftspolitischen Positionen leiten sich aus der Überzeugung ab, dass Wettbewerb, Eigenverantwortung und offene Märkte Grundlage sind für den von Innovationen und Investitionen getragenen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Erfolg. Es soll auch in Zukunft attraktiv sein, Unternehmerin und Unternehmer in Deutschland und Europa zu sein.



[www.vdma.org](http://www.vdma.org)

## Krisenfestigkeit beweisen – Zukunft gestalten!



Der 24. Februar 2022 hat unsere Welt schlagartig verändert. Ein Krieg, nur ein paar Stunden von Berlin, Frankfurt und München entfernt, hat uns bis ins Mark erschüttert. Der Bundeskanzler spricht von einer Zeitenwende – Beschreibung und Auftrag zugleich für Politik und Wirtschaft, die gemeinsam einen drohenden Energienotstand abwenden müssen.

Der Maschinen- und Anlagenbau ist in besonderer Weise gefordert. Unsere Unternehmen müssen wieder einmal unter Beweis stellen, was sie am besten können: Technologische Antworten auf vielfältige Herausforderungen geben. Im Vordergrund stehen aktuell Versorgungssicherheit und Klimaschutz. Dabei müssen Politik und Wirtschaft unter Zeitdruck agieren und vor allem enger zusammenrücken, als es bislang ihrem jeweiligen Rollenverständnis entsprach.

Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft muss dazu nicht neu justiert werden. Mit der Sozialen Marktwirtschaft – da bin ich mir sicher – haben wir einen Kompass, der uns sicher auch durch diese Krise führt. Denn es geht eben nicht um mehr staatliche Eingriffe in unternehmerische Entscheidungen, sondern um mehr Abstimmung zwischen beiden Seiten. Wenn die Politik dabei der unternehmerischen Freiheit größeres Vertrauen entgegenbringt – auch davon bin ich überzeugt –, kann der Maschinen- und Anlagenbau erst recht seine Krisenfestigkeit beweisen und die Zukunft mitgestalten, zum Wohle des Ganzen.

Karl Haeusgen  
VDMA-Präsident

# Wirtschaftspolitik in Krisenzeiten

## Krisenzeiten

### Daten und Fakten

- Hilfsprogramme gegen Energiepreiskrise<sup>1</sup>
  - Drei Entlastungspakete mit Gesamtvolumen von über 95 Mrd. €
  - Inflationsausgleichsgesetz: Anpassungen im Verlauf des Einkommenssteuertarifs, Anhebung von Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag und Kindergeld; Entlastungen von 18,6 Mrd. € in 2023 und 31,8 Mrd. € in 2024
- Abwehrschirm<sup>1</sup> i. H. v. 200 Mrd. €: Neuausrichtung des zu Beginn der Corona-Pandemie eingerichteten Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF), insb. für Gas- und Strompreisbremse
- Entwicklung der Steuereinnahmen während Krisen<sup>2</sup>
  - 2009 ggü. 2008: -6,6 %; 2011 wieder Vorkrisenniveau
  - 2020 ggü. 2019: -7,5 %; 2021 wieder deutlich über Vorkrisenniveau
- Vorbild 2008/09: Bruttoschuldenstand (in % des BIP) durch Wachstum reduzieren<sup>3</sup>
  - Anstieg von 64,2 % in 2007 auf Höchststand von 82 % in 2010, anschließend Rückgang auf 64,6 % in 2017 und 58,9 % in 2019
  - Anstieg auf 68 % in 2020 und 68,6 % in 2021
- Kurzarbeit stützte den Arbeitsmarkt erfolgreich
  - Monatliche Erwerbslosenquote<sup>2</sup> stieg von rund 3 % in 2019 auf maximal 3,9 % in 2020/21 und liegt 2022 wieder bei rund 3 %
  - Sonderregelungen: erleichterter Zugang, bis zu 28 Monate, tw. vollständige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge, gestaffelte Erhöhung des KuG nach Bezugsdauer
  - Ausgaben<sup>4</sup> von 47,3 Mrd. € von März 2020 bis November 2022
- Bilanz zu Corona-Hilfen seit März 2020<sup>5</sup>
  - Rund 75 Mrd. € Zuschüsse, außerdem Kredite, Rekapitalisierungen und Bürgschaften i.H.v. insgesamt rund 75 Mrd. €
  - Gastgewerbe erhielt 33 % der Zuschüsse, Verarb. Gewerbe 6 %
  - Volkswirtschaftliche Substanz erhalten, Insolvenzwelle blieb aus
  - Aussetzung der Schuldenbremse in 2020, 2021 und 2022

<sup>1</sup>Quelle: Bundesregierung

<sup>2</sup>Quelle: Statistisches Bundesamt

<sup>3</sup>Quelle: Eurostat

<sup>4</sup>Quelle: Bundesagentur für Arbeit

<sup>5</sup>Quelle: BMWK

### VDMA-Position: Krisen überwinden

**Ein leistungsfähiger Staat zeichnet sich dadurch aus, dass er in Ausnahmesituationen Mittel und Wege hat, Gesellschaft und Industrie zu stabilisieren und so die Basis für einen kommenden Aufschwung zu erhalten und zu stärken. Damit das auch in Zukunft möglich ist, muss zu soliden Staatsfinanzen zurückgekehrt werden. Denn sie sind die Grundbedingung für Wachstum, Innovationen und Investitionen.**

- Leistungsfähigkeit in der Krise und darüber hinaus sicherstellen
  - Wirtschaftliche und psychologische Stabilisierung durch solide Staatshaushalte mit finanziellem Spielraum fördern
  - Krisen antizipieren und präventive Maßnahmen ergreifen, insb. mittels strategischer Außenwirtschaftspolitik die Diversifikation von Lieferketten durch Freihandelsabkommen und internationale Kooperation erleichtern
  - Europa mitdenken, Binnenmarkt offen halten
- Instrumente der Krisenbewältigung richtig nutzen
  - Zielgenauigkeit geht vor Gießkannenprinzip
  - Second best-Lösung, wenn es schnell gehen muss, dann nachjustieren
  - Bürokratiearme, nicht-diskriminierende Instrumente bevorzugen: z. B. Verlustrücktrag, Abschreibungsbedingungen
  - Kredit geht vor Zuschuss
  - Mitnahme- und Gewöhnungseffekte vermeiden
- Marktwirtschaftliche Wettbewerbsordnung stärken
  - Strukturwandel nicht blockieren; Markteintritte und -austritte sowie Jobwechsel ermöglichen
  - Unternehmen und Private nicht aus der Haftung und Verantwortung nehmen
- Notwendige Krisenintervention darf sich nicht zur kleinteiligen, überregulierten Industriepolitik verstetigen
  - Exit-Optionen aus Hilfsprogrammen von Anfang an mitdenken
  - Eingriffe in unternehmerische Entscheidungen vermeiden (EU-Krisenmechanismen im SMEI und Chips Act gehen hier zu weit)
  - Politische und unternehmerische Handlungsflexibilität müssen gewährleistet sein, weil Krisen nicht schematisch planbar sind

### Daten und Fakten

- Bestand an Elektrofahrzeugen nimmt 2021 weltweit stark zu<sup>1</sup>
  - Zunahme um 6,5 Mio. auf 17,4 Mio. zu 2020
  - Neuzulassungen wachsen um 111 % zu 2020
- Entwicklung des Bestands an Elektrofahrzeugen in Deutschland<sup>2</sup>
  - 2021 wurden in Deutschland 355.961 Elektro-Pkw neu zugelassen (+83 % ggü. dem Vorjahr, 13,6 % Marktanteil)
  - Pkw-Bestand Deutschland 2021, Elektro-/Hybrid-Fahrzeuge

Elektro	618.460 (1,3 %)
Hybrid (alle Typen)	1.669.051 (3,4 %)
- Ab 2035 dürfen nur noch emissionsfreie Pkw und leichte Nutzfahrzeuge zugelassen werden<sup>3</sup>; als Zwischenschritt bis 2030 müssen CO<sub>2</sub>-Emissionen von neuen PKW um 55 % und von leichten Nutzfahrzeugen um 50 % im Vergleich zu 1990 sinken<sup>4</sup>
- Förderung der Elektromobilität wird heruntergefahren<sup>4</sup>
  - Ab 2023 keine Förderung von Plug-in Hybridfahrzeugen
  - Reduktion der Förderung von BEV
- Marktpotenzial Recycling von Batteriezellen bis 2040<sup>5</sup>
  - 5,5 Mrd. € Marktvolumen
  - 3.800 neue Arbeitsplätze im Maschinen- und Anlagenbau
  - Rezyklate decken 15 – 40 % des Rohstoffbedarfs
- Rund 50.000 (teil-)öffentliche Ladepunkte in Deutschland installiert (Schnellladestationen 15 %), +30 % zum Vorjahresmonat<sup>6</sup>
- Transformation der Mobilität, Europa mit Führungsanspruch<sup>7</sup>
  - 45 % der 2040 weltweit verkauften Fahrzeuge rein elektrisch oder mit Brennstoffzelle
  - Marktpotenzial Fahrzeugantriebe +17 Mrd. Euro bis 2040, aber -80 % konventionelle Technologien in Europa
  - Fertigung von Fahrzeugantrieben: -580.000 Jobs konventionelle, +420.000 Jobs neue Technologien, Investitionsvolumen 11,5 Mrd. Euro pro Jahr, Maschinenbau bleibt mit 55.000 Jobs konstant

<sup>1</sup>Quelle: ZSW

<sup>2</sup>Quelle: Kraftfahrtbundesamt

<sup>3</sup>Quelle: EU-Kommission

<sup>4</sup>Quelle: BMWK

<sup>5</sup>Quelle: Fraunhofer-ISI, IMPULS-Studie Batterierecycling

<sup>6</sup>Quelle: Bundesnetzagentur; Stand Dezember 2021

<sup>7</sup>Quelle: FEV, Studie Antrieb im Wandel III, Zeithorizont 2040

### VDMA-Position: Technologieneutralität im Antrieb

**Der Maschinen- und Anlagenbau ermöglicht die Mobilität von morgen. Der Maschinenbau liefert für den Mobilitätssektor schon heute richtungsweisende Innovationen: Beste Produktionstechnologien für konventionelle und elektrische Antriebe, für Stromspeicher sowie alternative Kraftstoffe im Zuge von Power-to-X. Im Bereich der mobilen Maschinen ist der Maschinenbau selbst Anwender innovativer Antriebstechnologien. Damit ist der Maschinenbau Vorreiter, Technologieträger und Gestalter einer nachhaltigen, zukünftigen Mobilität.**

- Technologieauswahl ist keine staatliche Aufgabe
- Für viele Anwendungen ist eine Elektrifizierung mittel bis langfristig nicht zielführend; insbesondere mobile Maschinen müssen, trotz geringerer Stückzahlen im Vergleich zum Pkw-Markt, jeweils mit der besten und passenden Technologie für den Anwendungsfall ausgerüstet werden
- Know-how über die gesamte Wertschöpfungskette ausbauen – vom Rohstoffabbau über die Aufbereitung und Produktion bis hin zum Recycling
- Erneuerbare Energie muss für alle Bereiche der Mobilität der Ausgang sein; das gilt von batterieelektrisch bis hin zu Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen
- Effizienter Einsatz von Ressourcen und Investitionen auf dem Weg zur Klimaneutralität
- Umwelteinflüsse aller infrage kommenden Technologien über den gesamten Lebenszyklus berücksichtigen
- Politik muss verlässlichen und transparenten, in der EU einheitlichen Rahmen setzen, der private Investitionen anreizt
- Erhöhung der Forschungsaufwendungen (Produktionsforschung, Antriebstechnik, Batterietechnik, Recycling); vorwettbewerbliche Forschungsförderung
- Transfer von Forschungsergebnissen aus Verbundprojekten in die Breite; insbesondere KMU sind ein wesentlicher Hebel, die Industrie beim beschleunigten Wandel zu unterstützen

## Daten und Fakten

- Deutschland einer der teuersten EU-Maschinenbau-Standorte
  - Arbeitskosten pro Stunde (2020)<sup>1</sup> 46,74 €
- Personalkostenanteil am Bruttoproduktionswert (2020)<sup>2</sup>
  - Maschinenbau im Durchschnitt 28,7 %
  - Maschinenbau-Fachzweige von 18,2 % bis 37,4 %
- Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Maschinenbau (2021)<sup>2</sup> 62.934 €
- Langzeitarbeitslose (%) der Erwerbsbevölkerung<sup>3</sup>

	2021	2010
– Deutschland	1,2 %	3,2 %
– EU (27)	2,8 %	4,0 %
- Hohe Bedeutung der Stammbelagschaft im Maschinenbau (2021)<sup>2</sup>
  - Anteil der Normalarbeitnehmer 89,6 %
  - Anteil geringfügig Beschäftigter 1,2 %
- Zeitarbeit
  - Rund 90 % der Maschinenbauer nutzen Zeitarbeit<sup>4</sup>
  - Zeitarbeitsquote (2021)<sup>2</sup> 3,6 %
  - Seit 01.01.2018 Branchenzuschläge für die M+E Industrie, gestaffelt nach Einsatzzeit 15 bis 65 %
- Demografischer Wandel<sup>5</sup>

	2021	2005
– Anteil Erwerbstätige Mindestalter 55 Jahre	24,1 %	14,3 %
- Kurzarbeiter im Maschinenbau
  - im Jahresdurchschnitt 2021<sup>6</sup> 75.000
  - im Jahresdurchschnitt 2020<sup>6</sup> 187.000
  - zum Jahresbeginn 2022 unter Vor-Corona-Niveau<sup>7</sup> 25.000
- Tarifbindung der VDMA-Mitgliedsunternehmen (2022)<sup>4</sup>
  - Ohne Tarifbindung 59 %
  - Mit Tarifbindung 41 %
    - Davon Flächentarifvertrag 75 %
    - Davon Haustarifvertrag 25 %

<sup>1</sup>Quelle: Eurostat; teurer ist nur Dänemark (48,90 €), Schweden ähnliches Niveau

<sup>2</sup>Quelle: Statistisches Bundesamt

<sup>3</sup>Quelle: Eurostat

<sup>4</sup>Quelle: VDMA-Umfrage

<sup>5</sup>Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

<sup>6</sup>Quelle: Bundesagentur für Arbeit

<sup>7</sup>Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Referenzwert Februar 2020 mit ca. 35.000

## VDMA-Position: Arbeitsmärkte modernisieren

**Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und eine langfristige Beschäftigungssicherung benötigen Anpassungsfähigkeit, eine arbeitsteilige Wertschöpfung und einen flexiblen Arbeitsmarkt. In Krisenzeiten gilt dies mehr denn je. Zudem erfordert die Digitalisierung moderne Rahmenbedingungen. Pauschale gesetzliche Regelungen werden in Zukunft noch weniger die richtigen Antworten auf neue Herausforderungen sein können. Es bedarf mehr betrieblicher und individueller Spielräume.**

- Kurzarbeit – Sonderregelungen dürfen nicht zum Dauerzustand werden
- Arbeitszeitgesetz anpassen – Ruhezeiten flexibilisieren, wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit, Vertrauensarbeitszeit erhalten
- Hürden abbauen und Beschäftigung erleichtern
  - Lockerung bei befristeten Arbeitsverhältnissen, Vorbeschäftigungsverbot abschaffen
  - Ausweitung der Überlassungshöchstdauer nach dem AÜG
  - Reform des Kündigungsschutzes mit einer optionalen Abfindung
- Home-Office, Gleitzeit, Vertrauensarbeitszeit, Arbeitszeitkonten, Jobsharing oder Weiterbildung – Ausgangspunkt müssen individuelle Lösungen sein
- Koalitionsfreiheit – kein (un-)mittelbarer Zwang zur Tarifbindung
- Werk- und Dienstverträge als Grundlage für arbeitsteilige Innovationsnetzwerke fördern
- Keine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung
- Legalisierung betrieblicher Bündnisse für Arbeit
- Weiterentwicklung der M+E Flächentarifverträge
  - Größere betriebliche Gestaltungsspielräume
  - Reduzierung auf echte Mindestbedingungen
  - Stärkere Tarifspreizung im Niedriglohnbereich
- Reform der Rentenversicherung
  - Stabilisierung der gesetzlichen Rente zu einer Grundsicherung
  - Renteneintrittsalter flexibilisieren, Subsidiaritätsprinzip stärken
  - Ermutigung zu Eigenvorsorge und betrieblicher Altersversorgung
- Sozialleistungen an den Erfordernissen des Niedriglohnbereichs ausrichten; Beachtung des Lohnabstandsgebots

### Daten und Fakten

- Ausgeprägte internationale Verflechtung der deutschen Wirtschaft
 

	2021	2005
– Exportanteil am BIP <sup>1</sup>	38,2 %	37,3 %
– Importanteil am BIP <sup>1</sup>	33,4 %	30,7 %
– Deutscher Direktinvestitionsbestand im Ausland (2020)	rund 1.315 Mrd. €	
- Deutsches Exportvolumen insgesamt (2021) 1.376 Mrd. €
- Maschinenbau (2021)<sup>2</sup>:
 

– Exportvolumen	181 Mrd. €
– Exportquote <sup>3</sup>	82,7 %
– Maschinenhandelsüberschuss (Export minus Import)	100,4 Mrd. €
– Welthandelsanteile (2021) <sup>4</sup>	
China	17,1 %
Deutschland	14,8 %
USA	8,6 %
- Deutschland Weltmarktführer in 9 von 31 Fachzweigen des Maschinen- und Anlagenbaus, darunter Antriebstechnik, Landtechnik, Werkzeugmaschinen, Nahrungsmittel- und Verpackungsmaschinen
- Deutscher Direktinvestitionsbestand im ausländischen Maschinenbau (2020) 44,7 Mrd. €
- De-Globalisierung schadet allen<sup>5</sup>

– BIP-Rückgang D/ EU ohne D/ Rest der Welt	6,9%/ 4,9%/ 1,5%
– Produktionsrückgang Maschinenbau in D	19,5 %
- Exportkreditgarantien des Bundes (2021)<sup>6</sup>

– Summe (Exporte in 175 Länder)	20,2 Mrd. €
– Neu gedeckte Ausfuhrgeschäfte mit Kreditlaufzeiten von 1 – 5 Jahren (insb. Small Tickets)	600 Mio. €
– Jahresergebnis Euler Hermes	465 Mio. €

<sup>1</sup>Quelle: Statistisches Bundesamt, vorläufige Werte

<sup>2</sup>Quelle: VDMA

<sup>3</sup>Export in Prozent der Produktion

<sup>4</sup>Quelle: Nationale Statistikämter, VDMA; Anteil des Maschinenbaus am Maschinenexport der wichtigsten Lieferländer

<sup>5</sup>Quelle: IfW, IMPULS-Studie Lieferketten nach Corona

<sup>6</sup>Quelle: Euler Hermes, BMWK

### VDMA-Position: Freihandel stärken

**Wachstum und Beschäftigung basieren auf offenen Märkten und Freihandel. Das Auslandsengagement des Maschinen- und Anlagenbaus sichert Wohlstand im In- und Ausland. Politik und Gesellschaft müssen immer wieder die Vorteile des Freihandels und der Globalisierung verteidigen und deren Gefährdung durch Decoupling, Protektionismus und politisch motivierte Restriktionen entgegenreten.**

- Freihandel stärken und Protektionismus bekämpfen
  - Freihandelsabkommen mit MERCOSUR und Mexiko zügig ratifizieren, Verhandlungen mit Indonesien, Australien und Malaysia abschließen und mit Indien vorantreiben
  - Freihandelsabkommen nicht mit umwelt- und sozialpolitischen Vorgaben und Zielen überfrachten
  - Level-Playing-Field mit China einfordern
  - Gegen unfaire Handelspraktiken aus Drittstaaten im EU-Binnenmarkt vorgehen
- China-Position erarbeiten
  - China-Strategie der Bundesregierung ist unverzichtbar
  - Balance zwischen offensiven und defensiven Maßnahmen finden
- Transatlantische Handelsbeziehungen ausbauen
  - Abkommen zur Abschaffung aller Industriezölle und gegenseitigen Anerkennung von Konformitätsbewertungen
  - EU-US-Trade and Technology Council zum Erfolg führen
- Exportfinanzierung zukunftsfähig machen
  - Hermes-Deckung dringend reformieren, insbesondere für kleinere Aufträge (Small Tickets)
  - OECD-Konsensus für ein Level-Playing-Field im internationalen Wettbewerb modernisieren
- Extraterritoriale Sanktionen weltweit bekämpfen
  - Sicherstellung des Zahlungsverkehrs trotz Sanktionen
  - EU-Unternehmen vor den Auswirkungen bestmöglich schützen
- Erleichterung von Arbeitseinsätzen in der EU
  - Meldevorschriften in den EU-Mitgliedstaaten vereinheitlichen, ausufernde Bürokratie deutlich reduzieren
  - Revision der Entsenderichtlinie: Transparente und verbindliche Arbeitshilfen zum anwendbaren Arbeitsrecht bereitstellen

### Daten und Fakten

- Maschinen- und Anlagenbau ist sowohl Anbieter und Anwender von Digitalisierungstechnologien als auch Datenlieferant für Industrie 4.0
- Digitalisierungsindex (DESI)<sup>1</sup>
  - Finnland (Platz 1) 69,6
  - Frankreich (Platz 12) 53,3
  - Deutschland (Platz 13) 52,9
  - EU-Durchschnitt 52,3
- Innerhalb der deutschen Wirtschaft weist der Maschinenbau einen überdurchschnittlich hohen Digitalisierungsgrad auf<sup>2</sup>
- Mangel an IT-Fachkräften wird als größtes Hindernis gesehen<sup>3</sup>
- 64 Prozent aller befragten Maschinenbauer (N=110) sehen einen mittleren bis sehr starken Einfluss auf das eigene Geschäftsmodell durch KI-basierte Produkte und Dienstleistungen<sup>4</sup>
  - Europaweit nutzen 47 % des Verarbeitenden Gewerbes mindestens eine KI-Technologie<sup>5</sup>
  - Die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal stellt Deutschland (76 %) im EU-Vergleich (57 %) vor besondere Herausforderungen<sup>5</sup>
- Erwarteter 5G-Anteil an allen Mobilfunkverbindungen 2025<sup>6</sup>
  - Nordamerika (USA und Kanada) 63 %
  - Europa 44 %
  - China 52 %
  - Weltweit (Durchschnitt) 25 %
- Anteil der Glasfaserverbindungen an den gesamten stationären Breitbandanschlüssen<sup>7</sup>
  - Japan 83,3 %
  - OECD-Durchschnitt 34,9 %
  - USA 21,8 %
  - Deutschland 7,1 %

<sup>1</sup>Quelle: EU-Kommission 2022, umfasst vier Politikbereiche, insgesamt 33 Indikatoren

<sup>2</sup>Quelle: ZEW 2020; Elektrotechnik und Maschinenbau mit 143,3 (Ø 105,1)

<sup>3</sup>Quelle: VDMA-Studie: Führung u. Innovation in Zeiten der Digitalisierung, 2018

<sup>4</sup>Quelle: VDMA-Report Künstliche Intelligenz im Maschinenbau, 2020

<sup>5</sup>Quelle: European enterprise survey on the use of technologies based on artificial intelligence, 2020

<sup>6</sup>Quelle: GSMA 2022, The Mobile Economy 2022, Anteile je Region

<sup>7</sup>Quelle: OECD Breitbandstatistik 2021

### VDMA-Position: Digitalisierung vorantreiben

**Digitalisierung schafft Potenziale für intelligente Produktion und neue Geschäftsmodelle. Im Schulterschluss mit Gesellschaft und Politik können wachsende Anforderungen an Forschung, Ausbildung und Qualifizierung, Normen und Standards, Rechts- und Datensicherheit erfüllt und die digitale Souveränität gestärkt werden. Europa kann sich als Leitmarkt und -anbieter positionieren.**

- Digitalisierung europäisch, besser noch global denken
  - Einheitliche Regeln im EU-Binnenmarkt
  - Innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für Datenwirtschaft und Einsatz von künstlicher Intelligenz schaffen
- Aufbau und Etablierung eines föderativen Datenökosystems für das produzierende Gewerbe („Manufacturing-X“)
- Weiterbildung und Neuqualifizierung fördern
- Digitales Immunsystem: Security sicherstellen und erhalten
  - Europa- und weltweite Harmonisierung von Anforderungen
  - Cyberresilienz und Cyberabwehr aktiv fördern und stärken
- Nutzung maschinenbezogener Daten absichern; DSGVO anpassen
- Forschung zur Digitalisierung der Industrie stärken
  - Zugang zur Forschung für den Mittelstand erleichtern
  - Transfer durch breitenwirksame Innovationsplattformen und grenzüberschreitende Testumgebungen
- Digitale Infrastruktur flächendeckend und leistungsstark ausbauen
  - Hohe Netzabdeckungsqualität (hohe Datenrate, geringe Ausfallwahrscheinlichkeit, geringe Latenz)
  - Echtzeitfähigkeit und verlässliche Reaktionszeiten
- Mobilfunk (5G) für die Industrie sicherstellen
  - Flächendeckendes 5G-Netz mit von Netzbetreibern garantierten Qualitätsparametern für industrielle Anwendungen
  - Einfache, transparente und zuverlässige Lizenzierungsmodelle für 5G standardessentielle Patente (SEPs)
- Normen und Standards sind der Schlüssel zur Umsetzung
  - Erfolgreiches Zusammenspiel von konsensbasierter Normung und konsortialer Standardisierung stärken
  - Existierende Normen und Standards auf Praxistauglichkeit prüfen und überzogene Standardisierung vermeiden



## Daten und Fakten

- Deutscher Anteil am Maschinenbau-Umsatz der EU 27<sup>1</sup> 42 %
- Deutsche Maschinenbau-Exporte in die EU 27<sup>2</sup> 79,5 Mrd. €
  - Frankreich 12,2 Mrd. €
  - Italien 8,8 Mrd. €
  - Niederlande 7,9 Mrd. €
- Deutscher Direktinvestitionsbestand im Maschinenbau der EU 27<sup>3</sup> 12,7 Mrd. €
- Anteil direkter Vorprodukte im deutschen Maschinen- und Anlagenbau aus Ländern mit systematischer Verletzung von Arbeitnehmerrechten<sup>4</sup>
  - Insgesamt 6,5 %
  - An importierten Vorprodukten 25,1 %
- Staatsverschuldung von EU-Ländern (2021/2022 Schätzung)<sup>5</sup>
  - Europäische Union (27) 89,4 % / 86,0 %
  - Euroraum (20) 97,1 % / 93,6 %
  - Niederlande 52,4 % / 50,3 %
  - Deutschland 68,6 % / 67,4 %
  - Italien 150,3 % / 144,6 %
- Hoher Inflationsdruck im Euroraum (2022/2023/2024 Schätzungen, Veränderungen HICP)<sup>5</sup>
  - Euroraum (20) 8,5 % / 6,1 % / 2,6 %
  - Deutschland 8,8 % / 7,5 % / 2,9 %
- Europäischer Maschinenbau (EU 27) als Garant für Wohlstand<sup>6</sup>
  - Bruttowertschöpfung 240 Mrd. €
  - Beschäftigte ca. 3 Mio.
  - Anteil der KMU 97 %
  - Maschinenabsatz im Binnenmarkt (2020)<sup>1</sup> ca. 626 Mrd. €
- Bürokratiekosten für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau durch EU-Entsende- und Durchsetzungsrichtlinie (205.000 Entsendungen pro Jahr)<sup>7</sup> 51 Mio. €

<sup>1</sup> 2021; Quelle: Eurostat, VDMA-Schätzung

<sup>2</sup> 2021; Quelle: Statistisches Bundesamt, VDMA

<sup>3</sup> 2021; Quelle: Deutsche Bundesbank

<sup>4</sup> Quelle: IfW Kiel, IMPULS Studie „Sorgfaltspflichtengesetz“

<sup>5</sup> Anteil am BIP; Quelle: Herbstprognose 2022 Europäische Kommission

<sup>6</sup> 2021; Quelle: Eurostat, Schätzungen, Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten

<sup>7</sup> Quelle: VDMA

## VDMA-Position: Europa stärken

**Die durch den Angriffskrieg Russlands ausgelöste Krise hat einmal mehr gezeigt, dass Europa zusammenstehen muss. Die EU ist als Heimatmarkt, Wertegemeinschaft und globaler Player für den Maschinenbau schon immer wichtig gewesen. In einer Zeit, in der die Unternehmen mit den Auswirkungen der Krise kämpfen, muss die EU die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, die Öffnung neuer globaler Märkte, die Vollendung des Binnenmarkts und den Abbau von bürokratischen Hindernissen zu ihren Topprioritäten machen.**

- Europa krisenfest und handlungsfähig machen
  - Einstimmigkeitserfordernis abschaffen
  - Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar definieren, nach dem Subsidiaritätsprinzip neu ordnen und adäquat finanzieren
  - Verteidigungspolitik, innere Sicherheit und Flüchtlingspolitik europäisieren; Arbeitsmarkt/Sozialpolitik national regeln
- Wettbewerbsfähigkeit durch Entbürokratisierung stärken
  - Laufende Gesetzgebungsverfahren mit der Folge hoher Bürokratielasten auf Eis legen (z. B. EU-Lieferkettengesetz)
  - EU-Mittelstandsbeauftragten mit Befugnissen einsetzen
  - Besonderheiten des exportorientierten Maschinenbaus in der Gesetzesfolgenabschätzung berücksichtigen
- EU-Industriepolitik horizontal und technologieneutral ausgestalten
- EU-Binnenmarkt krisenfest machen und weiterentwickeln
  - Grenzschießungen in Krisenzeiten vermeiden
  - Staatliche Eingriffe in Unternehmensorganisation ausschließen
  - Entsendung von Mitarbeitern in Europa erleichtern
- Freien Welthandel als Bestandteil einer Resilienzstrategie stärken
- Staatliche Eingriffe zur Stärkung der Resilienz begrenzen
  - Krisenresilienz durch gute Standortbedingungen fördern
  - Beihilferecht nicht aushöhlen; gezielte Ausnahmen nur in Leitlinien zulassen, um Investitionen zu ermöglichen
  - Förderung von „strategischen Industrien“ nur in eng begrenzten Ausnahmefeldern zulassen
- Rechtsstaatlichkeitsmechanismus durchsetzen
- Keine Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken ohne politische Union mit Budget- und Kontrollrechten auf europäischer Ebene

# Fachkräftesicherung und Bildung

## Daten und Fakten

- Maschinenbau ist einer der größten Arbeitgeber für IngenieurInnen
  - Insgesamt ca. 181.000, davon 11 % weiblich<sup>1</sup>
  - Anteil der IngenieurInnen an den Beschäftigten im Maschinenbau insgesamt<sup>1</sup> 16 %
- Hohe Studienabbruchquoten in ingenieurwissenschaftlichen Bachelor-Studiengängen an deutschen Universitäten (Hochschulen für angewandte Wissenschaften)<sup>2</sup>
  - Maschinenbau 33 % (32 %)
  - Elektrotechnik 44 % (44 %)
  - Informatik 42 % (30 %)
- Überdurchschnittliches Engagement in der dualen Ausbildung
  - Ausbildungsquote Maschinenbau (2021)<sup>3</sup> 5,7 %
  - Anteil Ausbildungsbetriebe Maschinenbau (2021)<sup>3</sup> 38,5 %
  - Unternehmen, die zum Ausbildungsstart 2022 alle Ausbildungsplätze besetzen konnten<sup>4</sup> 31 %
  - Unternehmen, die im Jahr 2023 gleich viele oder mehr Ausbildungsplätze anbieten wollen<sup>4</sup> 91 %
- Engpässe bei Fachkräftegewinnung
  - Vakanzzeit (Tage)<sup>5</sup>: Maschinenbau und Betriebstechnik (126), MINT-Berufe (147), Informatik (126)
  - Fachkräftesicherung große Herausforderung in nächsten Jahren<sup>4</sup>
- Ungenutzte Fachkräftepotenziale im In- und Ausland
  - SchulabgängerInnen ohne Abschluss (2021)<sup>6</sup> 6 %
  - Rund 230.000 Jugendliche in Maßnahmen zwischen Schule und Berufsausbildung<sup>6</sup>
  - 369.000 ausländische Studierende in Deutschland
  - Anteil ausländischer Studierender in den Ingenieurwissenschaften im Wintersemester 2021/2022<sup>6</sup> 22,9 %
  - Anteil der Unternehmen, die neue Mitarbeiter durch Fachkräfteeinwanderungsgesetz gewinnen konnten<sup>7</sup> 8 %

<sup>1</sup>Quelle: VDMA Ingenieur-Erhebung 2022

<sup>2</sup>Quelle: Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung 2020

<sup>3</sup>Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des BIBB, 31.12.

<sup>4</sup>Quelle: VDMA Umfragen 2021/2022

<sup>5</sup>Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2021

<sup>6</sup>Quelle: Statistisches Bundesamt

<sup>7</sup>Quelle: VDMA Umfrage Mai 2022, weitere 22 % gaben „weiß nicht“ an

## VDMA-Position: Fachkräfte sichern und qualifizieren

**Qualifizierte Mitarbeitende sind Erfolgsgaranten für Unternehmen. Der Rückgang an qualifiziertem Nachwuchs, an IngenieurInnen und FacharbeiterInnen, droht jedoch zunehmend zur Wachstumsbremse zu werden. Der Fachkräftemangel bleibt virulent – trotz Krisen. Daher müssen Abbruchquoten im Studium reduziert, mehr junge Menschen für technische Berufe und Studiengänge begeistert und die Belegschaft für die digitale Transformation qualifiziert werden. Ausländische Studierende und geeignete Zuwandernde müssen gewonnen und Geflüchtete ausgebildet werden.**

- Allgemeine schulische Bildung
  - Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen stärken
  - Schulfach Technik einführen, IKT-Kompetenzen und Berufsorientierung stärken
- Berufliche Bildung
  - Duale Ausbildung stärken, Facharbeit wertschätzen
  - Bürokratie abbauen – Schulen mehr Entscheidungsfreiheit einräumen
  - Beruflich erworbene Kompetenzen besser anerkennen
- Studium
  - Qualität der Lehre verbessern, Abbruchquoten ohne Qualitätsverlust reduzieren
  - IKT-Kompetenzen (z. B. KI, Industrie 4.0) steigern
  - Praxisbezug stärken: Duales Studium fördern
- Weiterbildung
  - Fähigkeit zum lebenslangen Lernen vermitteln
  - Kompetenzen zu IKT und neuen Antriebstechniken vermitteln
  - Berufsschullehrkräfte und AusbilderInnen weiterqualifizieren
- Inländische Beschäftigungspotenziale
  - Mehr junge Leute zum Schulabschluss führen
  - Mehr Ganztags- und Betreuungsangebote
  - Qualifizierte ältere Mitarbeitende länger beschäftigen
- Ausländische Potenziale
  - Attraktivität des Beschäftigungsstandorts Deutschlands erhöhen
  - Regeln für die Fachkräfteeinwanderung lockern; Zeitarbeit für die Vermittlung zulassen

## Daten und Fakten

- Unternehmensanteil an den gesamten Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) in Deutschland<sup>1</sup> 66,6 %
- Interne Aufwendungen der deutschen Wirtschaft für FuE 2020<sup>1</sup> (Anteil Maschinenbau) 71 Mrd. € (9,5 %)
- Zuwachs des FuE-Personals im Maschinenbau zwischen 2012 und 2019<sup>1</sup> 27,9 %
- Eigenfinanzierungsanteil der gesamten FuE-Aufwendungen im Maschinenbau 2019<sup>1</sup> (Staatsanteil) 97,1 % (2,6 %)
- Hohe Innovationskraft und technische Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Maschinenbaus
  - Innovation ist Forschung, Entwicklung und Konstruktion: 56 % der IngenieurInnen arbeiten in diesem Bereich<sup>2</sup>
  - Innovationsaufwendungen des Maschinenbaus (2020)<sup>3</sup> 17 Mrd. € (6,8 % vom Umsatz)
    - Anteil Unternehmen mit Innovationen (2020)<sup>3</sup> 75 %
    - Branchenumsatz mit Produktneuheiten (2020)<sup>3</sup> 19 %
- 72 % der VDMA-Mitglieder sind von Produkt- oder Markenpiraterie betroffen; der geschätzte Schaden für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau beträgt 6,4 Mrd. Euro jährlich<sup>4</sup>
- Rund 600 vertraglich gebundene Forschungsprojekte in Betreuung der VDMA-Forschungsvereinigungen<sup>5</sup>
- Länderanteile bei Maschinenbau-Patentanmeldungen am Europäischen Patentamt (2020)<sup>6</sup>
  - Deutschland 21 %
  - USA 19 %
  - Japan 14 %
- Forschungszulage im Maschinenbau<sup>7</sup>
  - 85 % der Unternehmen führen zusätzliche FuE-Aktivitäten durch
  - 48 % der Unternehmen stellen FuE-Personal neu ein

<sup>1</sup>Quelle: Stifterverband Wissenschaftsstatistik

<sup>2</sup>Quelle: VDMA Ingenieurerhebung 2022

<sup>3</sup>Quelle: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

<sup>4</sup>Quelle: VDMA Studie Produktpiraterie 2022

<sup>5</sup>Quelle: VDMA Schätzung

<sup>6</sup>Quelle: EPO 2021

<sup>7</sup>Quelle: ZEW, VDMA 2022

## VDMA-Position: Forschung fördern

**Forschung liegt im ureigenen Interesse der Unternehmen und sichert Handlungsfähigkeit, Wohlstand sowie Arbeitsplätze in Deutschland und Europa. Die Politik muss sie deshalb mit innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen fördern, ohne lenkend einzugreifen. Technologieoffenheit ist dabei wesentlich. Der Maschinen- und Anlagenbau ermöglicht Lösungen für die globalen Aufgaben unserer Zeit wie Industrie 4.0, Antrieb im Wandel, Klimaschutz und Ressourceneffizienz. Die Produktionstechnologien der Unternehmen sind Schlüsseltechnologien, um Werte vor Ort zu schöpfen und zu sichern.**

- Praxistaugliche, bürokratiearme Umsetzung, Bewerbung und Ausweitung („Entdeckelung“) der steuerlichen Forschungsförderung (Forschungszulage)
- Ausbau der Produktionsforschung als Enabler der anstehenden Herausforderungen wie Klimaneutralität, Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft für zukunftsfähige industrielle Arbeitsplätze in Europa
- Zukunftsfeste Weiterentwicklung und nachhaltiger finanzieller Ausbau auf 300 Mio. Euro der vorwettbewerblichen und breitenwirksamen Industriellen Gemeinschaftsforschung (IGF)
- Zugang von Midrange Companies zu Fördermaßnahmen in Deutschland und der EU verbessern, Industrie stärker in die Programmplanung und Prioritätensetzung einbinden
- Anpassung der Förderverfahren an die heutigen Anforderungen von agilen und verkürzten FuE-Prozessen durch themenoffene und beschleunigte Ausschreibungen
- Effizienter Ergebnistransfer, der allen Unternehmen Zugang zu neuem Wissen verschafft; Verbände sind dafür Erfolgsgaranten
- Unternehmensfreundliche Gestaltung der europäischen Förderinstrumente, vor allem durch zügige, schlanke Antragsverfahren und passende Themensetzung
- Stärkung der gewerblichen Schutzrechte durch verbesserte administrative und juristische Rahmenbedingungen (Personalausstattung, Geschwindigkeit der Verfahren etc.), Bekämpfung von Produktpiraterie und Wirtschaftsspionage

## Daten und Fakten

- Anteil Kosten durch Energieverbrauch am Bruttoproduktionswert in Deutschland (2020)<sup>1</sup>
  - Maschinenbau 0,9 %
  - Kraftwagen und Kraftwagenteile 0,6 %
  - Herstellung von Chemischen Erzeugnissen 3,3 %
- Anteile der Energieträger an der Bruttostromerzeugung (572 TWh; -33 TWh ggü. Vj.) in Deutschland (2021)<sup>2</sup>
  - Braunkohle 19 %
  - Steinkohle 9 %
  - Kernenergie 12 %
  - Erdgas 15 %
  - Windenergie 19 %
  - Biomasse 8 %
  - Photovoltaik 8 %
  - Wasserkraft 3 %
  - Sonstige<sup>3</sup> 6 %
- Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung in Deutschland (2021)<sup>2</sup> 40 % (-4 Prozentpunkte ggü. Vj.)
- Strompreise (kW/h) für die Industrie, 1. Halbjahr 2021<sup>4</sup>
  - EU (27) 0,22 €
  - Deutschland 0,26 €
- EEG-Differenzkosten (2022)<sup>5</sup> 19,8 Mrd. € (-25 % ggü. Vj.)
- EEG-Umlage (kW/h) (2022)<sup>5</sup> 3,72 Cent (+43 % ggü. Vj.)
- Emissionspreise (tCO<sub>2</sub>e)<sup>6</sup>
  - Finnland (CO<sub>2</sub>-Steuer) 77 € (Verkehr)/53 € (sonst. fossile)
  - Frankreich (CO<sub>2</sub>-Steuer) 45 €
  - Deutschland (ETS) 30 €
- Mit modernsten Klimaschutztechnologien aus dem Maschinenbau können bis zu 86 % der weltweiten Emissionen vermieden werden<sup>7</sup>

<sup>1</sup>Quelle: Statistisches Bundesamt

<sup>2</sup>Quelle: AGEB

<sup>3</sup>Geothermie, Hausmüll, Pumpspeicher, Industrieabfall, Mineralöl

<sup>4</sup>Quelle: Eurostat, monatliche Bruttostromkosten von Industrieunternehmen mit 500 – 2.000 MWh Jahresverbrauch

<sup>5</sup>Quelle: BMWi, Prognose

<sup>6</sup>Quelle: Weltbank

<sup>7</sup>BCG & VDMA “For Machinery Makers, Green Tech Creates Green Business“, 2020

## VDMA-Position: „Energiekrise“ zur Chance der Transformation machen

**Die kriegsbedingte Knappheit von Erdgas ist ein klares Signal, die Transformation weg von fossilen Energieträgern zu beschleunigen. Der vorübergehende Mehr-Einsatz von Kohle sowie die Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken sind nur dann sinnvoll, wenn gleichzeitig der Umbau des Energiesystems vorangetrieben wird – nicht rein national, sondern europäisch, besser noch global. Der Maschinenbau ist auf einem ambitionierten Zielpfad, als Lösungsanbieter ebenso wie als Verbraucher.**

- Wettbewerbsfähigkeit des Maschinenbaus ausbauen durch Vorreiterrolle der EU beim Klimaschutz im Heimatmarkt Europa; neue Lösungen müssen dennoch eine Weltmarktperspektive haben
- Geschwindigkeit ist das Gebot: Verfahren beschleunigen!
- EU muss sich in den UN-Klimaschutzverhandlungen für einen seriösen, wirkungsvollen Verrechnungsmechanismus für weltweite Emissionsminderungen einsetzen
- „Klima-Club“ geht vor „Klima-Zoll“: Ambitionierte Länder müssen gemeinsam „grüne“ Märkte gestalten; globalen CO<sub>2</sub>-Preis anstreben
- EU-Energiesteuerrichtlinien- und Emissionshandelsreform umfassend evaluieren und zügig umsetzen; aufkommensneutrale Reform der Steuern, Abgaben und Umlagen auf Energieträger
- Von der Stromwende zur Energiewende – technologieneutral, energieeffizient, sektorübergreifend und digital
  - Kriseninstrumente von mittelfristigen Zielen trennen
  - Energieeffizienz ist zentraler Bestandteil der Energiewende
  - Energiemarktdesign für Transformation und Versorgungssicherheit reformieren
  - Externe Kosten nach dem Verursacherprinzip internalisieren
- Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gleichgewichtig berücksichtigen
- Energiewendetechnologien als strategisch bedeutsam einstufen; Rohstoffversorgung sicherstellen, Wertschöpfungsketten stabilisieren
- Vorbildfunktion der öffentlichen Hand bei Investitionen

## Daten und Fakten

	2022 <sup>1</sup>	2008	1998
• Staatsquote <sup>2</sup>	49,1 %	43,7 %	48,3 %
• Abgabenquote <sup>2</sup>	40,7 %	39,6 %	42,3 %
• Steuerquote <sup>2</sup>	24,7 %	24,3 %	23,1 %
• Schuldenstandsquote <sup>2</sup>	68,0 %	65,9 %	59,4 %
• Zinssteuerquote <sup>3</sup>	2,6 %	11,3 %	15,5 %
• Die Nettoumsatzrendite (Jahresergebnis in % der Gesamtleistung) lag 2020 im Maschinenbau bei 1,0 % <sup>4</sup>			
• Gewerbesteuer <sup>5</sup>			
– Investitionsfeindliche Besteuerung der Unternehmenssubstanz			
– Weniger als 10 % der Unternehmen tragen über 90 % des Gewerbesteueraufkommens			
• Bei einem zu versteuernden Einkommen von mindestens 89.632 € tragen 10 % der Steuerpflichtigen ca. 55 % vom Aufkommen der Einkommensteuer <sup>5</sup>			
• Ertragsteuerbelastung einer Kapitalgesellschaft im Jahr 2021 <sup>6</sup>			
– Deutschland			29,9 %
– OECD-Durchschnitt			23,5 %
• Deutliche Beschleunigung der Abschreibung hat viele Vorteile: <sup>7</sup>			
– Positive Effekte auf Investitionen, Beschäftigung, Lohnsumme, Konsum privater Haushalte und BIP			
– Führt auf lange Sicht zu einem größeren Steueraufkommen			
• Zeit, die ein mittelgroßes Unternehmen mindestens dafür aufwendet, seine Steuerschuld zu berechnen, Steuererklärungen anzufertigen und Steuern abzuführen <sup>8</sup>			
– Deutschland		218 Stunden	
– Großbritannien		114 Stunden	
– Frankreich		139 Stunden	
– USA		175 Stunden	

<sup>1</sup>Prognosen Sachverständigenrat bzw. Finanzplanung (Schuldenstand)

<sup>2</sup>Quelle: Sachverständigenrat; im Verhältnis zum BIP in jeweiligen Preisen

<sup>3</sup>Quelle: Sachverständigenrat, Zinsen im Verhältnis zum Steueraufkommen

<sup>4</sup>Quelle: Deutsche Bundesbank, vorläufige Werte

<sup>5</sup>Quelle: BDI/VCI, Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen

<sup>6</sup>Quelle: OECD

<sup>7</sup>Quelle: ifo Institut

<sup>8</sup>Quelle: Paying Taxes 2020, PWC/Weltbank

## VDMA-Position: Wettbewerbsfähigkeit sichern

**Die Wirtschaft braucht ein innovations- und investitionsfreundliches Steuersystem. Nur über mehr Wachstum lassen sich die Staatshaushalte konsolidieren – Steuererhöhungen sind dagegen generell und erst recht in Krisenzeiten der falsche Weg! Dringend notwendig ist auch, die bürokratischen Lasten im Steuerrecht durch mehr Digitalisierung und Entbürokratisierung abzumildern.**

- Hartnäckige Krisen erfordern eine deutliche Ausweitung der Rücktragsfrist der steuerlichen Verlustverrechnung auf 5 Jahre
- Krisenresilienz durch Innovations- und Investitionsanreize stärken
  - Dauerhafte Beibehaltung der degressiven Abschreibung
  - Einführung einer Investitionszulage für digitale Innovationsgüter und Güter, die zum Klimaschutz beitragen
- Keine verteilungspolitisch motivierte Substanzbesteuerung (Vermögen, Erbschaften); zusätzliche Einnahmen durch Wachstum generieren
- Senkung der Ertragsteuerbelastung auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von max. 25 % unter anderem durch
  - Vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags – auch für Unternehmer und Kapitalgesellschaften
  - Grundlegende Reform der Gewerbesteuer; Abzug der Gewerbesteuer als Betriebsausgabe/ Anrechnung und Rückführung ertragsunabhängiger Hinzurechnungen
  - Senkung des Thesaurierungssatzes des § 34a EStG und mittelstandsfreundliche Ausgestaltung
- Modernisierung des Unternehmensteuerrechts durch
  - Steuerstrukturreform
  - Abbau Steuerbürokratie durch mehr Digitalisierung
  - Faire Regelungen für international tätige Unternehmen zur Eindämmung von Gewinnverlagerungen (BEPS Aktionsplan)
  - Mehr Transparenz bei der Verhandlung von Doppelbesteuerungsabkommen und Ausrichtung an der Freistellungsmethode
  - Marktgerechte Verzinsung von Pensionsrückstellungen
- Ausweitung der steuerlichen Forschungsförderung, Entdeckung der förderfähigen Aufwendungen

## Daten und Fakten

- Binnenmarkt
  - Über 30 Vorschriften zur CE-Kennzeichnung sind die Basis für den Erfolg des Binnenmarkts durch einheitliche Anforderungen
  - Marktüberwachung weiter stärken: 2.142 validierte Meldungen unsicherer Produkte im Jahr 2021 (RAPEX)
  - 9 von 10 Unternehmen sehen IT-Security als Top-Thema<sup>1</sup>
  - Über 800 Normen reflektieren den Stand der Technik
- Beseitigung technischer Handelshemmnisse
  - Jede Lieferung in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) ist betroffen
  - Marktvolumen von 91 Mrd. €<sup>1,2</sup> allein in Deutschland
- Umwelttechnik<sup>2</sup>
  - Umweltschutzbezogene Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe (2020): 58,2 Mrd. €, darunter Maschinenbau 19,2 Mrd. €; Größter Posten Klimaschutz: Verarbeitendes Gewerbe 34,9 Mrd. €, Maschinenbau 14,3 Mrd. €
  - Anstieg der Einheiten mit umweltschutzbezogenen Umsätzen um 6,3 % von 7.949 (2019) auf 8.449 (2020)
  - 311.032 Beschäftigte arbeiteten 2020 für den Umweltschutz, darunter 22 % im Maschinenbau
- Regelsetzung
  - 17 länderspezifische Chemikalienregulierungen weltweit (2022)
  - 19 länderspezifische Regelungen zu Stoffbeschränkungen in Elektrogeräten (2022)<sup>3</sup>
  - 224 besonders besorgniserregende Stoffe auf der SVHC-Kandidatenliste, Tendenz steigend<sup>4</sup>
  - Zunahme nationaler Registrierungspflichten (Batterien, Elektrogeräte, Verpackungen, Verdunstungskühlanlagen usw.)
  - Zunahme nicht-finanzieller Reportingpflichten (CSR-D, EU-Taxonomie)
  - Lieferketten-Sorgfaltspflichtengesetz (LkSG und EU-Vorschlag CS3D)

<sup>1</sup>Quelle: VDMA

<sup>2</sup>Quelle: Statistisches Bundesamt

<sup>3</sup>Quelle: Europäisches Parlament

<sup>4</sup>Quelle: ECHA

## VDMA-Position: Regelwerke vereinheitlichen – Qualität hoch halten

**Der Maschinenbau ist ein wichtiger Baustein zur Gestaltung der Zukunft: Nachhaltige Produkte innerhalb einer Kreislaufwirtschaft, klimaneutrale Produktion und Digitalisierung gewinnen in Anbetracht des Klimawandels an Bedeutung. Deshalb dürfen Firmen nicht mit Bürokratie überfordert werden und brauchen verlässliche harmonisierte Regelwerke mit einer starken Marktüberwachung. Deshalb ist es wichtig, Regulierungen sorgfältig, abgestimmt und konsistent zu erarbeiten.**

- VDMA unterstützt die Initiative für den EU-Cyber Resilience Act und schlägt binnenmarktorientierte Verbesserung vor
- Entwurf des EU-Rechtsakts zur Künstlichen Intelligenz muss verbessert werden, um weiterhin Innovation zu ermöglichen
- Marktüberwachung weiter stärken: Mehr Vollzug für einen wirksamen Beitrag zur Sicherheit und zum fairen Wettbewerb
- Keine Dritt Zertifizierung als Ersatz für Marktüberwachung
- Europäische und internationale Normen als Basis für globale Marktzugangsbedingungen
  - Innovationsfördernde Normeninhalte
  - Digitalen Produktpass über Normen produktspezifisch gestalten
- Entlastung mittelständischer Unternehmen für mehr Innovationskraft
  - „Material Compliance“: Vereinheitlichung der weltweit wachsenden Vorgaben; administrativ praktikable Instrumente für das Reporting entlang der Lieferketten
  - Augenmaß bei der Schaffung zusätzlicher Dokumentations- und Berichtspflichten, Mittelstand nicht überfordern
  - Datensammlungen nur mit nachweislichem Nutzen
  - Dritt Zertifizierung von Daten im Digitalen Produktpass hinterfragen
- EU-Sorgfaltspflichtengesetz auf direkte Zulieferer begrenzen und ein internationales Level-Playing-Field schaffen
- Nachhaltige EU-Produktinitiative, bei der Unternehmen für Kreislaufinnovationen belohnt werden
- Risikobasierten Ansatz für Stoffregulierungen (REACH) beibehalten; keine Gruppenregulierung für PFAS

## Daten und Fakten

- Starke Selektivität der steigenden Finanzhilfen des Bundes<sup>1</sup>
  - Seit 2014 sind Finanzhilfen des Bundes auf Expansionskurs
  - Über 44 % aller Finanzhilfen an den Unternehmenssektor begünstigen bestimmte Sektoren oder Branchen
  - 82 % dieser sektorspezifischen Subventionen entfallen auf nur drei Sektoren<sup>2</sup>, 65 % allein auf den Verkehr
  - 37 % der Finanzhilfen sind branchenübergreifend; hier zuletzt starker Anstieg aufgrund der Aufstockung der Umweltsubventionen im Rahmen des Zukunftspakets der Bundesregierung
- Bürokratiekosten der Wirtschaft
  - Bürokratiekostenindex (Sept. 2022, Basis 2012 = 100)<sup>3</sup> 97,2
  - Belastungsbarometerindex (2021, Basis 2012 = 100)<sup>3</sup> 94,8
  - Erhöhung des lfd. Erfüllungsaufwands 2021/22<sup>4</sup> 6,4 Mrd. €
- Staatsquote (2022)<sup>5</sup> 49,1 %
- Umverteilender Staat<sup>6</sup>
  - Sozialleistungen pro Kopf (2020) ca. 14.000 €
  - Sozialleistungsquote vom BIP (2021) 32,5 %
- Staatsverschuldung (2022)<sup>7</sup> rund 2,34 Bio. € (68 % BIP)
  - Bund rund 1,57 Bio. € (+1,7 %)
  - Länder rund 633 Mrd. € (-0,9 %)
  - Gemeinden/Gemeindeverbände rund 137 Mrd. € (+2,2 %)
  - Zinsausgaben in Relation zu den Steuern (2022) 2,6 %
  - Anteil öffentl. Bruttoanlageinvestitionen am BIP (2021)<sup>8</sup> 2,6 % (93,6 Mrd. €)

<sup>1</sup>Quelle: Institut für Weltwirtschaft Kiel, Subventionen in Abgrenzung des Instituts

<sup>2</sup>Land- und Forstwirtschaft/Fischerei, Verkehr, Wohnungsvermietung

<sup>3</sup>Quelle: Bundesregierung, Statistisches Bundesamt

<sup>4</sup>Quelle: Normenkontrollrat

<sup>5</sup>Quelle: Sachverständigenrat, Ausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

<sup>6</sup>Quelle: BMAS, Statistisches Bundesamt, geschätzte Werte

<sup>7</sup>Quelle: Sachverständigenrat, Statistisches Bundesamt, Stand 30.06.2022, Veränderungen zum 31.12.2021

<sup>8</sup>Quelle: Statistisches Bundesamt, vorläufige Werte

## VDMA-Position: Marktkräften vertrauen

**Der Staat muss seine Kompetenzen, aber auch deren Grenzen kennen. Markt und Wettbewerb sind die besten Ratgeber für gute Politik – erst recht in Krisenzeiten. Gute Wirtschaftspolitik setzt auf die Gestaltung günstiger Rahmenbedingungen und ein wachstumsfreundliches Umfeld, in dem Unternehmen eigenverantwortlich um die besten Lösungen wettstreiten. EU, Bund, Länder und Kommunen müssen effizient wirtschaften.**

- Ordnungspolitischen Rahmen setzen statt vertikaler Industriepolitik
  - Staat soll Regeln setzen und Schiedsrichter sein
  - Technologieneutraler Wettbewerb um Innovationen
  - Mittelstand als Rückgrat der Industrie stärken
  - Exitstrategien für staatliche Beteiligungen von Beginn an
- Deutschland braucht einen Masterplan Subventionsabbau
  - Nachhaltige Rückführung ordnungspolitisch nicht begründbarer Subventionen, insbesondere klimaschädlicher Art
  - Subventionen (CAPEX und OPEX) nur in Ausnahmefällen, zeitlich begrenzt, degressiv ausgestaltet, mit laufender Erfolgskontrolle, mit angemessenen Eigenanteilen
  - Subventionen transparent machen
- Wachstumsbremsen lösen durch Bürokratieabbau und Belastungsmoratorium, E-Government und Unternehmens-ID
- Ehrgeizige Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsdauern
- Staatsfinanzen auf tragfähige Grundlage stellen
  - Schuldenbremse verfassungskonform einhalten
  - Staatsquote perspektivisch auf max. 40 % des BIP deckeln
  - KfW-Auftrag nicht überdehnen
  - Anteil Sozialausgaben am BIP darf nicht weiter steigen
- Zukunftsorientierte Umschichtung der Staatsausgaben
  - Weniger konsumtive, mehr investive Ausgaben
  - Sicherung des Substanzerhalts und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur (Verkehrswege, Digitalisierung, Bildung)
- Strikte Beachtung des Subsidiaritätsprinzips – Beschränkung der staatlich verordneten sozialen Sicherung auf die Abdeckung der Grundrisiken Altersarmut, Krankheit, Pflege und Arbeitslosigkeit
- Wissenschaftliche Erfolgskontrolle von Politikmaßnahmen

## Weitere Informationen

Die Gemeinsamen wirtschaftspolitischen Positionen des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus sowie weitere ausführliche Positionspapiere finden Sie zum **Herunterladen** im Internet unter <https://vdma.org/wirtschaftspolitik-gesellschaftspolitik>

Der VDMA verfügt über ein breites Netzwerk von Repräsentanzen im In- und Ausland. Das VDMA-Hauptstadtbüro vertritt die **politischen Interessen** gegenüber der Bundespolitik in Berlin, das VDMA-Europabüro in Brüssel gegenüber der EU-Politik.

**Für inhaltliche Fragen** stehen in Frankfurt am Main zur Verfügung im Competence Center Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen:

Dr. Johannes Gernandt  
Florian Schneider  
Telefon +49 69 6603-1829  
E-Mail [johannes.gernandt@vdma.org](mailto:johannes.gernandt@vdma.org)

In der Abteilung Volkswirtschaft und Statistik:  
Dr. Ralph Wiechers  
Florian Scholl  
Telefon +49 69 6603-1374  
E-Mail [florian.scholl@vdma.org](mailto:florian.scholl@vdma.org)

Frankfurt am Main, im Januar 2023



## **VDMA**

Lyoner Straße 18

60528 Frankfurt am Main

Telefon +49 69 6603-0

Internet [www.vdma.org](http://www.vdma.org)

[www.twitter.com/vdmaonline](https://www.twitter.com/vdmaonline)

[www.linkedin.com/company/vdma](https://www.linkedin.com/company/vdma)

## **VDMA Hauptstadtbüro**

Friedrichstraße 95

10117 Berlin

Telefon +49 30 306946-0

E-Mail [berlin@vdma.org](mailto:berlin@vdma.org)

Internet [www.vdma.org/berlin](http://www.vdma.org/berlin)

## **VDMA European Office**

Boulevard A. Reyers 80

1030 Brüssel

Telefon +32 27 06 82 05

E-Mail [european.office@vdma.org](mailto:european.office@vdma.org)

Internet [www.vdma.org/euro](http://www.vdma.org/euro)



**[www.vdma.org](http://www.vdma.org)**